

Nationale IKZM- Strategie

Stellungnahme zum Papier vom 10.04. 2005/1. Sitzung des IKZM- Arbeitskreises am 26.04. 2005

- Inhaltsverzeichnis:
in 3.2.: „Wesentliche Nutzungen“ sollte die Forschung als eine Nutzungsform aufgenommen werden
- Seite 6 Punkt (2): IKZM bezieht alle relevanten Politikbereiche, wirtschaftlichen Akteure, **wissenschaftlichen Akteure**,.....in den Prozess ein.
- Seite 6 Unterpunkt 2.3.relevanten Informationen, **einschließlich der Forschungsergebnisse**.
- Seite 6 Punkt 3: **Einfügen eines Unterpunktes:(3.6) Forschungen über die natürliche Dynamik und die Belastbarkeit der Ökosysteme im Küstenbereich**.
- Seite 8: Ziel 2, Schwächen: Hinzufügen zum zweiten Punkt...Konfliktlösung durch Aushandlung **in Folge mangelnden Wissens und unzureichender Wissensvermittlung**.
- Seite 9, dritter Punkt:.....Bestimmung ökologischer **und sozioökonomischer** Belastungsgrenzen....
- Seite 9, Punkt 4: eine unzureichende ~~Entscheidungsrelevanz~~ **Berücksichtigung** der natürlichen Dynamik.....Systeme **in Entscheidungsprozessen**
- Seite 9, Punkt 7.... bei der Bedarfsprüfung , **z.B. mittels Szenarien und Modellen**,....
- Seite 11, Punkt 4.4.1.1 Aktivitäten des Bundes

Aktivitäten des BMBF

Die aktuellen Förderaktivitäten des BMBF zum IKZM sind eingebunden in das Rahmenprogramm „Forschungen für die Nachhaltigkeit (FONA)“

In Deutschland können Forschungen für die Etablierung der Durchführung eines IKZM auf eine breite Basis aus Ergebnissen der Küstenforschung aufbauen. Jedoch sind im Unterschied zu der bisher überwiegend sektoral angelegten Küstenforschung in Zukunft integrative, multidisziplinäre Forschungskonzepte erforderlich, die der zunehmenden Komplexität und Intensität der Nutzungsansprüche an die Küstenressourcen ebenso Rechnung tragen wie ökologischen und sozioökonomischen Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund hat das BMBF im August 2002 eine Ausschreibung zum Thema „Forschung für ein nachhaltiges Küstenmanagement“ veröffentlicht. Ziele der Förderung sind:

- Vernetzung der vorhandenen, bisher verstreuten wissenschaftlichen Kompetenz,
- Demonstration der Durchführbarkeit von IKZM-Ansätzen in verschiedenen strukturierten Regionen sowie
- Erschließung des (internationalen) Dienstleistungssektors für deutsche KMU.

Daraus sind zwei Verbundvorhaben hervorgegangen, die ab April 2004 zur Förderung gelangten. Sie beziehen sich auf Regionen in der Odermündung und an der schleswig-holsteinischen Westküste.

Das Projekt „Forschung für ein IKZM in der Odermündungsregion“ verfolgt das Ziel, die wissenschaftlichen Voraussetzungen und Instrumente für die Etablierung und die Durchführung eines IKZM zu schaffen.

Die Arbeiten finden in grenzübergreifender Kooperation mit polnischen Partnern statt. Die bestehenden grenzübergreifenden deutsch-polnischen Aktivitäten im Rahmen der vom Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und von der Wojewodschaft Westpommerns getragenen Agenda 21 „Stettiner Haff“ bilden die Plattform für das Projekt. Es ist außerdem in Aktivitäten der UNEP in der Odermündungsregion eingebunden, die unter dem Schirm des Programms „Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM)“ stehen.

Das Projekt „IKZM Odermündung“ wird durch das Institut für Ostseeforschung koordiniert. Es hat eine Laufzeit von drei Jahren. Das BMBF wendet dafür insgesamt ca. 2,1 Mio. € auf. Am Verbund sind acht Partneereinrichtungen beteiligt, darunter auch Firmen.

Die vorrangigen Themen des Verbundes „IKZM an der schleswig-holsteinischen Westküste“ werden zu einem großen Teil aus den neueren Entwicklungen in der Raumnutzung der Küstengebiete definiert. Dazu gehören:

- Einrichtung großflächiger off shore Windparks einschließlich der notwendigen Kabelanbindungen an das Festland,
- Marikultur,
- Anforderungen aus europäischen Umweltdirektiven.

Der Verbund „IKZM an der Westküste Schleswig-Holsteins; Coastal Futures“ steht unter Koordination durch die Universität Kiel. Das BMBF wendet dafür bei einer Laufzeit von drei Jahren eine Fördersumme von 2 Mio. € auf.

In einem weiteren Vorhaben wird gemeinsam mit dem Land Niedersachsen seit 2003 für 5 Jahre an der Universität eine Nachwuchsgruppe „Integrative Modellierung und Planungsunterstützung Im Lebensraum See und Küste“ gefördert. Jede Seite trägt 50% der Zuwendung, die sich insgesamt 1,3 Mio. € beläuft.

Die Aufgabe der Gruppe besteht darin, im Bereich der Ökologie von Küstenräumen neuartige Methoden der Modellierung und der Datenassimilation zu entwickeln und zu etablieren. Ausgehend davon werden für ausgewählte Nutzungsoptionen der Küstenzonen computergestützte Entscheidungshilfssysteme erstellt und den entsprechenden Nutzern übergeben. Diese Entscheidungshilfssysteme wichtige Instrumente für das IKZM werden.

Wesentliche Beiträge zur Wissensbasis für IKZM sind aus den Aktivitäten des *Kuratoriums für Forschungen im Küsteningenieurwesen* zu erwarten. Das BMBF wendet für dessen Forschungen jährlich etwa 1,7 Mill. € auf.

Der Küstenschutz nimmt im IKZM eine wesentliche Stellung ein. Vor dem Hintergrund der Prognosen über den Meeresspiegelanstieg und wegen der damit einhergehenden Risiken und Kosten müssen Wirkungen und Gegenmaßnahmen vorhersagbar gemacht werden. Deswegen fördert das BMBF das Verbundvorhaben „Klimawandel und präventives Risiko- und Küstenschutzmanagement an der deutschen Nordseeküste (KRIM)“ über einen Zeitraum von drei Jahren mit ca. 2 Mill. €.

- Seite 14, Punkt 3.....Aufgabe durch eine ~~Instrumentalisierung~~ **Berücksichtigung** ...

Punkt 4.4.3. Etablierung eines nationalen IKZM- Sekretariats und- Forums

Die Einrichtung dieser Gremien darf nicht zu einer Komplizierung und Bürokratisierung bei der Einführung und Anwendung des IKZM führen. IKZM wird weitgehend auf regionaler Ebene durchgeführt. Die diesbezüglichen Verantwortungen sowie die damit verbundenen Aktivitäten sollten daher auf dieser Ebene verbleiben. Wenn erforderlich sollten die regionalen durch überregionale Stellen ergänzt werden. Umgekehrt sollte dann, wenn eine primär übergeordnete Zuständigkeit – etwa eines Bundesressorts – besteht die regionale Ebene angemessen eingebunden werden. Diese Abstimmungsprozesse sind in die Verfahrensabläufe zu integrieren und bedürfen nicht der Schaffung neuer Gremien.